



HESSISCHER LANDTAG

14. 05. 2024

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Zeit für eine Wirtschaftswende in Hessen: Flughafen und Finanzplatz stärken, Bürokratiedickicht lichten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zu stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum als zentrales Ziel der hessischen Wirtschaftspolitik. Der wachsende Investitionsbedarf in Kernbereichen des Landes wie Bildung und Infrastruktur wird künftig nur zu decken sein, wenn die Wirtschaft entsprechend wächst. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Wettbewerb als Innovations- und Wohlstandsmotor gestärkt und der Trend von Markt- zu Staatswirtschaft gestoppt werden. Dazu zählt unter anderem der Verzicht auf neue Subventionstöpfe, eine Priorisierung der Ausgaben mit Fokus auf Investitionen statt auf immer mehr Staatskonsum. Darüber hinaus muss das Land seine wichtigsten Wachstumstreiber – Flughafen und Finanzplatz – stärken, damit sie im Wettbewerb mit anderen Standorten bestehen können.
2. Der erste Schritt zum Bürokratieabbau ist der Verzicht auf neue Bürokratie. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf, bei der angekündigten Novellierung des Tarifreue- und Vergabegesetzes sämtliche vergabefremden Kriterien zu streichen und die Vergabefreigrenze in angemessenem Umfang zu erhöhen. Um den hessischen Mittelstand, insbesondere das Handwerk, nicht weiter zu belasten, darf das Vergaberecht nicht zum Einfallstor für die Verankerung politisch motivierter, praxisfeindlicher Vorgaben werden (zum Beispiel Festschreibung eines Landesmindestlohnes), sondern muss auf seine eigentliche Aufgabe, nämlich die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs, beschränkt bleiben.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den massiven Personalaufbau in den Ministerien der vergangenen zehn Jahre zu stoppen und die aktuellen Stellenpläne der Ministerialverwaltung auf dem Stand des Haushaltsplans 2024 bis auf weiteres einzufrieren. In den Jahren 2014 bis 2024 sind in diesem Bereich über 1.000 zusätzliche Beamtenstellen (+ 40%) geschaffen worden. Statt diese Fehlentwicklung zu korrigieren, hat die schwarzrote Koalition neben den zwei zusätzlichen Ministerien gleich vier zusätzliche Staatssekretäre eingestellt. Dieses überproportionale Wachstum des administrativen Bereichs ist vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Haushaltssituation und dem Arbeitskräftemangel nicht länger vermittelbar.
4. Der Frankfurter Flughafen ist Garant für Wachstum und Arbeitsplätze in der gesamten Rhein-Main-Region. Um den Flughafen im internationalen Wettbewerb zu stärken, ist der weitere Ausbau und damit auch der Bau und die Fertigstellung des Terminal 3, inklusive aller geplanter Piers, notwendig. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, landespolitische Möglichkeiten zu nutzen, die Wettbewerbsposition des Frankfurter Flughafens zu stärken. Dazu zählt unter anderem der Verzicht auf jegliche weitere Erhöhung der Lärmentgelte in Tagesrandzeiten.
5. Der Flugverkehr in Deutschland unterliegt einer Reihe von wettbewerbsverzerrenden und investitionshemmenden Hindernissen. Das zeigt sich auch daran, dass der europäische Flugverkehr inzwischen wieder Passagierzahlen auf dem Vor-Corona-Niveau erreicht, während Deutschland zu den Ländern zählt, die von diesem Niveau noch am weitesten entfernt sind. Vor diesem Hintergrund spricht sich der Landtag dafür aus, Wettbewerbsnachteile der deutschen Luftverkehrswirtschaft abzubauen und die Hub-Funktion des Frankfurter Flughafens zu stärken. Darüber hinaus spricht sich der Landtag für eine Neuordnung der Luftsicherheitsgebühren aus, die zum Ziel hat, dass sich der Staat substantiell an diesen beteiligt.

6. Der Hessische Landtag unterstreicht die bedeutende Rolle des Finanzplatzes Frankfurt-Rhein-Main als zentralem Wachstumsmotor der hessischen Wirtschaft. Ein starker und breit aufgestellter Finanzsektor ist essentiell, um eine diversifizierte und resiliente Finanzstruktur zu fördern, die das ökonomische Fundament unserer Region stärkt. Angesichts des intensiven Wettbewerbs mit anderen europäischen Finanzzentren ist es für Frankfurt entscheidend, seine Spitzenposition in Europa zu festigen und weiter auszubauen.
7. Deshalb fordert der Hessische Landtag die Landesregierung auf, Frankfurt und das Rhein-Main-Gebiet als attraktiven Wohn-, Arbeits- und Bildungsort stärker international zu positionieren, um hochqualifizierte Fachkräfte weltweit anzuziehen und dauerhaft in der Region zu halten. Die Landesregierung soll insbesondere die Entwicklung von Frankfurt als führenden Standort für FinTech und InsurTech vorantreiben, um den Finanzplatz als internationalen Anziehungspunkt für Start-ups und Technologieunternehmen im Finanzsektor zu etablieren. Zusätzlich ist es notwendig, eine vertiefte Integration in die europäische Kapitalmarktunion anzustreben, welche insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen in ganz Hessen erleichterten Zugang zur Kapitalmarktfinanzierung ermöglicht. Weiterhin sollte sich die Landesregierung dafür einsetzen, bestehende sowie neu entstehende Regulierungsbehörden der EU und des Bundes nach Frankfurt zu holen, um die zentrale Rolle unseres Finanzplatzes weiter zu stärken.
8. Der Landtag betont die herausragende Bedeutung des Messestandorts Frankfurt für die hessische Wirtschaft. Neben den direkten und indirekten ökonomischen Effekten des Messestandorts für die Stadt Frankfurt und die Region Frankfurt-Rhein-Main, profitiert auch das Land Hessen in Form von Steuer- und Dividendenzahlungen von einem florierenden Messegeschäft in Frankfurt. Vor diesem Hintergrund kritisiert der Landtag die Untätigkeit der Landesregierung hinsichtlich einer möglichen Rückkehr der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) nach Frankfurt, die Ministerpräsident Rhein noch im November 2023 medienwirksam angekündigt hatte.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. Mai 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas